

Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte

Aufruf an die österreichische Bundesregierung angesichts der aktuellen Lage in Afghanistan

Die Menschenrechtslage in Afghanistan hat sich innerhalb kürzester Zeit so dramatisch zugespitzt, dass Österreich als Mitglied der Europäischen Union, des Europarats und der Vereinten Nationen nicht in Abwehrpositionen verharren darf. Dies betrifft insbesondere die ausdrückliche Ablehnung eines Abschiebestopps in Österreich straffällig gewordener Personen nach Afghanistan und der Aufnahme besonders gefährdeter, Österreich nahestehender Menschen ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit. Die rigorose prinzipielle Ablehnung der Aufnahme von bedrohten Menschen aus Afghanistan steht aus unserer Sicht mit den internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen Österreichs nicht im Einklang. Angesichts der heutigen Ankündigung von US-Präsident Joe Biden, den Evakuierungszeitraum zu verlängern und nicht nur ausreisewillige US- Staatsangehörige, sondern auch Staatsangehörige von Partnerländern sowie gefährdete Afghan*innen außer Landes zu bringen, fordert das Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte die österreichische Bundesregierung auf, unverzüglich folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Offizielle Aussetzung von – faktisch ohnehin nicht möglichen – Abschiebungen afghanischer Staatsangehöriger nach Afghanistan ungeachtet des Grundes einer geplanten Abschiebung solange nicht klar ist, wie sich die Lage in Afghanistan weiterentwickelt.
2. Kontaktaufnahme mit den zuständigen Behörden der USA, Deutschlands, Englands und Spaniens (die ebenfalls noch Rückflüge durchzuführen versuchen), um die Rückführung aller in Afghanistan noch aufhältigen österreichischen Staatsangehörigen samt engen Familienangehörigen, engen Familienangehörigen österreichischer Staatsangehörigen, die in Österreich leben, sowie afghanischer Staatsangehörigen, die mit österreichischen Behörden und Militärangehörigen zusammengearbeitet haben, zu ermöglichen.
3. Weiterverfolgung des Vorschlags des österreichischen Außenministeriums, in Kooperation mit den zuständigen EU-Institutionen und den EU-Mitgliedsstaaten für eine – zumindest vorläufige – von der EU und ihren Mitgliedstaaten unterstützte menschenrechtskonforme Aufnahme geflüchteter und noch fliehender afghanischer Staatsangehöriger in den Nachbarstaaten Afghanistans Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan zu sorgen (Iran, Pakistan und China kooperieren mit den Taliban und kommen daher nicht in Betracht).
4. Unter EU-Koordination und Mitwirkung von UNHCR, Médecins sans Frontières (MSF) und anderen Hilfsorganisationen vor Ort sowie in Konsultation mit allen EU- und EWR-Staaten darauf hinzuwirken, dass besonders bedrohte Menschen, insbesondere Frauen und Kinder, in Europa aufgenommen werden können.

Zudem sollte Österreich, das sich gerne als menschenrechtliches Vorzeigeland deklariert, auf internationaler und europäischer Ebene in engagierter Weise initiativ werden und sich an allen Diskussionen und Maßnahmen beteiligen, die darauf gerichtet sind, dass unter einer zukünftigen Herrschaft der Taliban grundlegende Menschen- und Frauenrechte weitgehend gesichert werden können.

Für das Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte (<https://www.humanrights.at/>):
ao. Univ.Prof. i.R. Dr. Hannes Tretter, Vorstandsvorsitzender